TAGESORDNUNG

ÖFFENTLICH

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich bedanke mich für die Vorarbeiten, wir können uns den Bericht vieler Gemeinderatsstücke wieder ersparen, ich sage Ihnen gleich, welche das sind, die wir quasi gleich zu Beginn gemeinsam oder zumindest mit Mehrheit auch für beschlossen erklären. Das ist Punkt Nummer 1), Punkt Nummer 2), Stück 3) ist abgesetzt, Stück Nummer 4), 5), 7), 8), 9) gegen die Stimmen der Grünen, 10), 11), 15), 16), 17), 18), das Stück 20), Nachtrag, das Stück Nummer 1). Jetzt haben noch drei Ausschüsse zusammenzutreten. Wir brauchen den Finanzausschuss, wir brauchen den Wirtschaftsausschuss und wir brauchen den Verfassungsausschuss. Ich bitte jetzt gleich, dass wir gleich alle drei gemeinsam abhandeln, wenn geht oder sonst gleich hintereinander, dass wir kurz unterbrechen. Der Finanzausschuss tritt bitte zusammen im Stadtsenatssitzungssaal, der Wirtschaftsausschuss im Baumkircherzimmer und der Organisations- und EDV- und EU-Ausschuss bitte drüben, ich habe gerade gehört, Wirtschaft und Finanz könnte man gleich in einem machen, dann bitte den EU-Ausschuss im Baumkircherzimmer. Meine Bitte wäre, dass wir um halb sieben wieder fortsetzen.

Unterbrechung des Gemeinderates von 18.16 bis 18.55 Uhr.

1) A 5 – 33423/2006-1

<u>Deklaration von Graz über Alter und</u> <u>Behinderung</u> Gemeinderatssitzung vom 18. Jänner 2007

160

Der gemeinderätliche Ausschuss für Soziales stellt gemäß § 45 des Statutes der Landeshauptstadt Graz den Antrag, der Gemeinderat wolle die beiliegende "Deklaration von Graz über Behinderung und Alter" unterzeichnen und der Weiterleitung an den Präsidenten der Kommission der Europäischen Union zustimmen.

2) A 5 14207/2004

Mobilitätskonzept für ältere Menschen
Aktion "Fahrten mit dem Behindertentaxi"
Finanzmittelbedarf in der Höhe von
insgesamt € 420.000,- für 2007 auf der
Fipos 1.42910.620600
Aufwandsgenehmigung

Der gemeinderätliche Ausschuss für Soziales stellt gemäß § 45 Abs. 2 Ziff. 7 des Statutes der Landeshauptstadt Graz den Antrag, der Gemeinderat wolle im Sinne des Motivenberichtes die Aufwandsgenehmigung in der Höhe von € 420.000,-erteilen.

Die Bedeckung ist auf der Fipos1.42910.620600 gegeben.

4) A 8-8/2007-3

Sozialamt,
Tageszentren;
Projektgenehmigung über € 1.225.000,in der OG 2007-2008

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 90 Abs. 4 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBI. 130/1967 idF. LGBI. 32/2005 beschließen:

In der OG 2007-2008 wird die Projektgenehmigung "Tageszentren" mit Gesamtkosten in Höhe von € 1.225.000,-

	2007	2008	Gesamt
	1.4. – 31.12.	1.1. – 31.12.	
TZ Liberty	€262.500,-	€350.000,-	€612.500,-
TZ Solidar	€262.500,-	€350.000,-	€612.500,-

beschlossen.

Die Kosten des heurigen Jahres werden über die Fiposse

1.42200.728510 "Entgelte für sonstige Leistungen, TZ Bethlehemgasse" und

1.42200.728520 "Entgelte für sonstige Leistungen, TZ Liberty",

die mit je € 350.000,- dotiert sind, bedeckt. Im Rechnungsjahr 2008 sind diese Verträge über den Eckwert des Sozialamtes zu finanzieren.

5) A 5 39647/06-1

- 1.) Tageszentrum "Liberty" am Standort Theodor-Körner-Straße;
- 2.) Tageszentrum "Solidar" am Standort Bethlehemgasse;

Ausschreibung nach dem Bundes-

vergabegesetz BVergG 2006;

Projektgenehmigung für den Zeitraum

1.4.2007 bis 31.12.2008;

Fipos 1.42200.728510 und Fipos

1.42200.728520

Der gemeinderätliche Ausschuss für Soziales stellt gemäß § 45 Abs. 2 Ziff. 7 des Statutes der Landeshauptstadt Graz den Antrag, der Gemeinderat wolle im Sinne des Motivenberichtes die Projektgenehmigung zur Ausschreibung des Betriebes und der Führung der beiden Tagesbetreuungszentren

- 1.) TZ "Liberty" am Standort Theodor-Körner-Straße und
- 2.) TZ "Solidar" am Standort Bethlehemgasse

für den Zeitraum vom 1.4.2007 bis 31.12.2008 in der Höhe von insgesamt € 1.225.000,- erteilen.

Die Bedeckung ist auf der Fipos 1.42200.728510 und Fipos 1.42200.728520 gegeben.

7) A 8/4 – 20323/2006

Städtische Liegenschaft Robert-Fuchs-Straße 15, Grundstücke Nr. 628/20 und .356, EZ 611 je KG Wetzelsdorf, im Gesamtausmaß von 1.003 m², Einräumung eines Baurechtes ab 1.11.2006 auf die Dauer von 55 Jahren; Antrag auf Zustimmung

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 6 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/67 i.d.g.F. LGBl.Nr. 32/2005, beschließen:

1.) Der GWS, Gemeinnützige Alpenländische Gesellschaft für Wohnungsbau und Siedlungswesen m.b.H. Plüddemanngasse 107, 8042 Graz bzw. deren Rechtsnachfolger wird das Baurecht auf den im beiliegenden Lageplan eingezeichneten städtischen Grundstücken Nr. 628/20 und .356, EZ 611, je KG Wetzelsdorf, im Gesamtausmaß von 1.003 m2, gelegen an der Robert-Fuchs-Straße 15, ab 1.11.2006 auf die Dauer von 55 Jahren im Sinne des angeschlossenen Vertragsentwurfes eingeräumt.

Der jährliche Bauzins beträgt unter der Berücksichtigung des Umstandes, dass im Gegenstand das Projekt "Robert-Fuchs-Straße 15" verwirklicht werden soll, jährlich € 1,00. Nach Beendigung des Baurechtes gehen die Gebäude entschädigungslos in das Eigentum der Baurechtsgeberin Stadt Graz über.

2.) Die Herstellung der Grundbuchsordnung erfolgt durch das Präsidialamt – Referat für Zivilrechtsangelegenheiten.

163

8) A 8/4 – 25324/2005

Städtische Liegenschaft Eggenberger
Allee 60, 60a Grundstücke Nr. 219/12,
.221/1 und .221/2, EZ 293, je KG
Algersdorf, im Gesamtausmaß von 718
m², Einräumung eines Baurechtes vom
1.11.2006 auf die Dauer von 55 Jahren;
Antrag auf Zustimmung

Die Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 6 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBI.Nr. 130/67 i.d.g.F. LGBI.Nr. 32/2005, beschließen:

1.) Der GWS, Gemeinnützige Alpenländische Gesellschaft für Wohnungsbau und Siedlungswesen m.b.H., Plüddemanngasse 107, 8042 Graz bzw. deren Rechtsnachfolger wird das Baurecht auf den im beiliegenden Lageplan eingezeichneten städt. Grundstücken Nr. 219/12, .221/1 und 221/2, EZ 293, je KG Algersdorf, im Gesamtausmaß von 718 m2, gelegen an der Eggenberger Allee 60 und 60a, ab 1.11.2006 auf die Dauer von 55 Jahren im Sinne des angeschlossenen Vertragsentwurfes eingeräumt.

Der jährliche Bauzins beträgt unter der Berücksichtigung des Umstandes, dass im Gegenstand das Projekt "Eggenberger Allee 60 und 60a" verwirklicht werden soll, jährlich € 1,00. Nach Beendigung des Baurechtes gehen die Gebäude entschädigungslos in das Eigentum der Baurechtsgeberin Stadt Graz über.

2.) Die Herstellung der Grundbuchsordnung erfolgt durch das Präsidialamt – Referat für Zivilrechtsangelegenheiten.

9) A 8 – 22283/06-2 A 8-8/2006-10 A 10/1P – 024375/2005/3 Grazer Parkraummanagement GmbH;
Parkkonzept Änderungsmaßnahmen –
Einrichtung Parkzonen und Errichtung
P & R; Öffentlichkeitsarbeit;
Abschluss eines Finanzierungsvertrages

164

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Zif. 10 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBI.Nr. 130/1967, i.d.F. LGBI.Nr.32/2005, beschließen:

Der Finanzierungsvertrag, abzuschließen zwischen der Stadt Graz und der Grazer Parkraummanagement GmbH, für die Umsetzung der Öffentlichkeitsarbeit des Projektes "Parkkonzept Änderungsmaßnahmen – Einrichtung Parkzonen und Errichtung P&R" in Höhe von €85.000,-, wird genehmigt.

Der Finanzierungsvertrag bildet einen integrierenden Bestandteil dieser Beschlussfassung.

10) A 8 – 8/2007-2

Straßenamt,
Parkraumbewirtschaftung;
Projektgenehmigung über € 4.106.000,in der OG 2007-2008

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 90 Abs. 4 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBI. 130/1967 idF LGBI. 32/2005 beschließen:

In der OG 2007-2008 wird die Projektgenehmigung "Parkraumüberwachung" mit Gesamtkosten in Höhe von €4.106.000,-

Projekt		Ges.Kost.	RZ	MB 2007	MB 2008
Parkraumüberwachung 0)7/07-	4.106.000	2007-2008	1.929.000	2.177.000
06/08					

beschlossen.

11) A 10/1P - 025188/2005/8

Parkraumbewirtschaftung – Überwachung der gebührenpflichtigen Kurzparkzonen; Wahrnehmung der letztmöglichen Option – Verlängerung des Werkvertrages mit der G4S Security Service AG für die Dauer eines weiteren Jahres vom 1.7.2007 bis 30.6.2008; Projektgenehmigung über € 4.106.000,-(inkl. MWSt. und inkl. Wertsicherung) in der OG 2007 bis 2008

Der Ausschuss für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Z. 10 in Verbindung mit § 90 Abs. 4 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBI. 130/1967 i.d.g.F. beschließen:

Die Projektgenehmigung für die Wahrnehmung der Option der Verlängerung des Werksvertrages, gefertigt auf Grund des Beschlusses des Vergebungsausschusses vom 27.4.2000 bzw. zuletzt vom 3.11.2005, abgeschlossen zwischen der Stadt Graz und der Firma "G4S Security Services AG", vormals "Group 4, Securias Austria AG", Grieskai 74a, 8020 Graz, wird innerhalb der möglichen Option von bis zu 3 Jahren für die Dauer eines weiteren Jahres vom 1.7.2007 bis 30.6.2008 bei unveränderter Gültigkeit aller Bestimmungen über € 4.106.000,- (inkl. MWSt. und inkl. Wertsicherung) in der OG 2007 bis 2008 erteilt sowie die Aufnahme in die mittelfristige Finanzplanung genehmigt.

15) A 10/BD – 397/2007-3

<u>UNESCO – Weltkulturerbe Historische</u> <u>Altstadt Graz, Managementplan 2007</u> (WKE-MP 2007)

Der Ausschuss für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung stellt den Antrag: Der Gemeinderat möge beschließen:

 Dem Inhalt des vorliegenden Managementplanes 2007 zum Weltkulturerbe Historische Altstadt Graz (inkl. Masterplan) wird die Zustimmung erteilt.
 Der Meldepflicht der Weltkulturerbe-Koordinationsstelle kommt hierbei besondere Bedeutung zu.

- 2. Der vorliegende Weltkulturerbe Historische Altstadt Graz Managementplan 2007 (inkl. Masterplan) ist im Zuge der Behandlung von WKE-relevanten Angelegenheiten als Grundlage bei gutachterlichen T\u00e4tigkeiten sowie bei der Entscheidungsfindung der Beh\u00f6rde zu ber\u00fccksichtigen.
- 3. Die Stadtbaudirektion wird beauftragt, allfällige erforderliche Anpassungen des Masterplanes vorzunehmen und dem zuständigen Ausschuss zur Kenntnis zu bringen.
- 4. Die Stadtbaudirektion wird beauftragt, den Weltkulturerbe Historische Altstadt Graz
 Managementplan 2007 (inkl. Masterplan) bis 1. Februar 2007 dem UNESCO-Welterbezentrum in Paris zu übermitteln.
- 5. In Übereinstimmung mit dem Stadtsenat mit überwiegender Mehrheit beschlossenen städtischen Stellungnahme zum Entwurf des Grazer Altstadterhaltungsgesetzes 2007 GAEG 2007 soll eine entsprechende Berücksichtigung des vorliegenden Weltkulturerbe Historische Altstadt Graz Managementplanes 2007 (inkl. Masterplan) im GAEG 2007 geprüft werden.

16) A 10/6 – 024763/2006

Tarife bzw. Abgabepreise für Vermessungen, Kopien und Abgaben von Daten, Plänen, Luftbildern, Verzeichnissen Anpassung und Ergänzung

Der Ausschuss für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1.) Die Anpassung beziehungsweise die Ergänzung der im Anhang A angeführten Tarife bzw. Kostenersätze werden genehmigt.
- Die im Anhang B befindlichen Allgemeinen Geschäftsbefindungen bezüglich der Abgabe von Kopien, Daten aus dem Geoinformationssystem und von Luftbilddaten der Stadt Graz werden genehmigt.
- 3.) Für Forschungsvorhaben beziehungsweise wissenschaftliche Arbeiten wird ein Rabatt von 50 % gewährt. Als Nachweis ist eine diesbezügliche Bestätigung der Institution vorzulegen.

4.) Versandkosten und die Kosten für die Datenträger richten sich nach den aktuell gültigen Preisen.

17) A 15/32159/2006

Richtlinien zum Gründungspaket Graz

Der Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Wissenschaft stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Richtlinie für die Förderung im Rahmen des Gründungspakets Graz wird genehmigt.

18) A 15/25792/2006

Wirtschaftsbericht Graz 2005

Der Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Wissenschaft stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle den beiliegenden Wirschaftsbericht Graz 2005 zur Kenntnis nehmen.

20) A 16 – 3094/2006-4

<u>Stadtbibliothek – Änderung der</u> <u>Benutzungs- und Gebührenordnung</u>

Der Kultur- und Sportausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die im Motivenbericht dieses Gemeinderatsantrages begründeten und in der als integrativer Bestandteil vorgelegten Benutzungs- und Gebührenordnung aufgenommenen Änderungen treten mit 1. Februar 2007 in Kraft.

Gemeinderatssitzung vom 18. Jänner 2007

168

NT 1) Präs. 55103/2004-2

EURAG; Vertretung der Stadt Graz in der

Generalversammlung

Der Stadtsenat stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Als Vertretung der Stadt Graz in der Generalversammlung des Vereines "EURAG – Bund der älteren Generationen Europas" wird Frau Mag. Margit Uray-Frick, Leiterin des Referates für Internationale Beziehungen der Stadt Graz, namhaft gemacht.

Die Tagesordnungspunkte 1). 2), 4), 5), 7), 8), 10), 11), 15), 16), 17), 18), 20) und NT 1) wurden einstimmig angenommen.

Der Tagesordnungspunkt 9) wurde mit Mehrheit angenommen.

Berichterstatter: GR. Dipl.-Ing. Linhart

6) A 8 – 39816/2006-1

Marktgebührenordnung Neufassung

Dipl.-Ing. Linhart: Die Marktgebühren für landwirtschaftliche Produzentenmärkte und Jahrmärkte sollen in Anlehnung an die Marktgebühren anderer Landeshauptstädte um 15 % erhöht werden. Für Händlermärkte eine Erhöhung um 25 % und für alle anderen Märkte soll die Marktgebühr lediglich zur Kostenabdeckung um 10 % erhöht werden. Nur für Jahrmärkte ist keine Erhöhung der Gebühren vorgesehen, da diese erst im Jänner 2006 erfolgt ist. Dem Stück liegen auch die neuen Marktgebühren bei. Ich ersuche um Annahme des Antrages. Das Stück ist im Finanzausschuss mit Mehrheit angenommen worden.

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Z 13 des Statutes der Landeshauptstadt

Graz, LGBl. Nr. 130/1967, zuletzt idF. LGBl. Nr. 32/2005, die einen integrierenden Bestandteil dieses Berichts bildende Verordnung beschließen.

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit angenommen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich darf noch dazusagen, dass das Stück Nummer 14) und das Stück Nummer 19) von der SPÖ abgesetzt worden ist.

Berichterstatter: GR. Mayr

12) A 8 – 8/2007-1

<u>Verkehrsplanung, Parkplatz Kirchberg –</u> Mariatrost:

- 1. Projektgenehmigung über € 320.000,in der AOG 2007-2008
- 2. Ausgabeneinsparung über € 160.000,in der AOG 2007

13) A 10/8 - 23862/2005-2

Parkplatz Kirchberg-Mariatrost
Projektgenehmigung in der Höhe von
€320.000,-

GR. Mayr: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht um die Projektgenehmigung über 320.000 Euro in der AOG 2007/2008 für die Parkplatzerrichtung Kirchberg-Mariatrost. Es gibt auf der einen Seite eben den Antrag im Stück 12) und das Fachstück und den entsprechenden Antrag im Finanzstück, ich möchte vielleicht eine Ergänzung noch hinzufügen, dass bei dem Stück, das vom Grünraum-, Verkehrs- und Stadtplanungsausschuss beschlossen wurde, der Zusatz hinzugefügt wurde, dass unter dieser Voraussetzung beschlossen werden soll, dass die Grundstückseigentümer für den Parkplatz die Grundstücke unentgeltlich in das Eigentum der Stadt Graz übergeben.

Zu Punkt 12):

Der Berichterstatter stellt namens des Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 90 Abs. 4 bzw. § 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBI. 130/1967 idF LGBI 32/2005 beschließen:

In der AOG 2007-2008 wird die Projektgenehmigung "Parkplatz Kirchberg – Mariatrost" mit Gesamtkosten in Höhe von € 320.000,- im Rahmen des AOG-Programms 2006-2010

Projekt	Ges.Kost.	RZ	MB 2007	MB 2008
Parkplatz Kirchberg - Mariatrost	320.000	2007-2008	160.000	160.000

beschlossen.

In der AOG des Voranschlages 2007 werden die Fiposse

5.61200.002070 "Straßenbauten, Parkplatz Mariatrost – Kirchberg"

6.61200.346000 "Investitionsdarlehen von Kreditinstituten"

um je € 160.000,- gekürzt.

Zu Punkt 13):

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen:

- 1. Der vorstehende Bericht wird zur Kenntnis genommen.
- 2. Die Projektgenehmigung in der Höhe von €320.000,- die sich auf die Jahre

2007 € 160.000,-2008 € 160.000,-

aufteilt, wird genehmigt.

- 3. Die Abteilung für Verkehrsplanung wird in Abstimmung mit den betroffenen Magistratsabteilungen beauftragt, sämtliche für die Realisierung des Parkplatzes Kirchberg-Mariatrost erforderlichen Maßnahmen in die Wege zu leiten.
- 4. Die Abteilung für Verkehrsplanung wird mit der konkreten Projektentwicklung des Gesamtprojektes und gemeinsam mit der Abteilung für Liegenschaftsverkehr mit

der Führung der weitere gehenden Verhandlungen über die mit Dritten zu treffenden privatrechtlichen Vereinbarungen, die unmittelbar mit der Realisierung der im gegenständlichen Bericht dargestellten Maßnahmen in Zusammenhang stehen, beauftragt. Bedingung für den Vertragsabschluss ist die unentgeltliche Übergabe der betreffenden Grundstücke in das öffentliche Gut.

- 5. Die zuständigen Abteilungen werden mit der Erstellung eines Vertrages beauftragt, in welchem die Fragen der Instandhaltung und der ständigen Wartung des Parkplatzes Kirchberg-Mariatrost samt Zufahrtsstraße geregelt werden.
- 6. Das korrespondierende Finanzstück wird dem Gemeinderat durch die Finanz- und Vermögensdirektion zur Beschlussfassung vorgelegt.

GR. Mag. Candussi: Eine Wortmeldung, die nur indirekt mit dem Parkplatz zu tun hat, weil der Parkplatz verknüpft ist mit dem Ausbau der Landesstraße Kirchberg hinauf und hinten hinunter Richtung Eckmichlstraße ins Stiftingtal und von dort wieder auf die Ries zum Bäckenpeterl, diese Straße hat sich zu einem veritablen Schleichweg entwickelt mit sehr viel Schwerverkehr und soll jetzt eben auch noch ausgebaut und verbreitert werden, was bedeutet, dass der Verkehr dort sicher nicht abnehmen wird, das ist das eine, es wird möglicherweise einen Gehsteig geben. Das was, denke ich, wir schon im Auge behalten sollten und anstreben sollten, wäre eine Lösung für das Stück oberhalb des Onime bis hin zum Eckmichlstraße, dass nämlich Roseggerweg ist und dieser Roseggerweg ist eigentlich ein Wanderweg nach wie vor und ist zur Zeit schon für Wanderer, Läufer etc. es ist auch als Laufstrecke der Stadt ausgeschildert, praktisch nicht mehr sicher benützbar, weil es dort weder Gehsteig noch sonst was gibt. Eine Verlegung des Roseggerwegs auf diesem Stück wäre aus meiner Sicht unbedingt anzustreben, es gibt auch Bereitschaft der Bauern draußen, darüber zu verhandeln unter der Bedingung, dass die Wirtschaftsflächen nicht eklatant geteilt werden. Ich glaube, die Stadt sollte sich da rechtzeitig etwas überlegen, ein Gehsteig allein kann es, glaube ich, nicht sein, dass bei dieser Paradeflaniermeile, die da hinausgeht, plötzlich das eine ganz normale Landesstraße mit dem wirklich ordentlichen Verkehr dazu ist. Ich denke, es gab schon eine Anfrage von mir in dieser Sache mit einer nicht wirklich befriedigenden Antwort. Ich glaube, da sollte sich die Stadt wirklich Gedanken machen. Danke.

Die Tagesordnungspunkte 12) und 13) wurden einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. Mag. Spath

21) StRH - 30379/2005

Prüfbericht des Stadtrechnungshofes Vermietung des ehemaligen Kinosaales in der Fröbelschule durch die Stadt Graz an den Verein Grazer Volkstheater

Mag. Spath: Hier geht es um einen Prüfbericht des Stadtrechnungshofes zur Vermietung des ehemaligen Kinosaales in der Fröbelschule durch die Stadt Graz an den Verein Grazer Volkstheater. Der Prüfantrag wurde vom damaligen Schulstadtrat Eisel-Eiselsberg noch gestellt, Ziel des Prüfantrages war es, dass die monatliche Miete sehr gering sich die Frage eben stellt, ob diese nicht durch eine Änderung des Mietvertrages angehoben werden kann und zweitens vertraglich wurde auch eine Weitervermietung an andere Kulturorganisationen vereinbart. Da die Räume unter anderem auch an Religionsgemeinschaften weitervermietet wurden, sollte auch die Möglichkeit einer Kündigung geprüft werden. Tatsache ist, dass ein äußerst geringer Mietzins vorhanden war in dem Vertrag, der im Jahr 1985 abgeschlossen wurde, es wurde weiter auch mietvertraglich festgelegt, dass für anstehende bauliche Investitionen der Mieter selbst aufzukommen hat. Der Theaterbetrieb vor Jahren wurde allerdings eingestellt und die Räume überwiegend in Untervermietung an den Verein Kulturzentrum Graz-Nord weitergegeben. Dieser Untermieter hat wiederum aus der Weitergabe der Räume an Dritte Geldmittel lukriert, die wesentlich höher sind als der zu bezahlende Mietzins. Als sich die Verantwortungsträger der Stadt entschlossen, diese Geldmittel unter der Voraussetzung bereitzustellen, dass das Grazer Volkstheater einer Änderung des Mietverhältnisses zustimmt, scheiterten die Verhandlungen und konnte kein Ergebnis erzielt werden. Die Sachlage war äußerst unbefriedigend, sodass der Stadtrechnungshof eben folgende Vorgangsweise vorschlug: Zunächst noch einmal im Verhandlungswege zu versuchen, eben zu einem Konsens mit dem Mieter zu kommen, wenn das nicht funktioniert empfahl der Stadtrechnungshof, die Kündigung des Mietverhältnisses einzuleiten. Dies ist in der Zwischenzeit auch geschehen, es liegt bereits beim Bezirksgericht und momentan läuft noch die Einspruchsfrist, die vierwöchige, und danach, nehme ich an, wird es

Gemeinderatssitzung vom 18. Jänner 2007

173

zur Kündigung kommen. Ich bitte um Annahme dieses Antrages, dass der Stadtrechnungshof und die Stellungnahme des Kontrollausschusses, wir haben in der Kontrollausschusssitzung am 6. November 2006, am 4. Dezember 2006 und am 9. Jänner 2007 eingehend dieses Stück beraten und einstimmig es so zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme.

Der Kontrollausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat möge die Stellungnahme des Stadtrechnungshofes sowie die Stellungnahme des Kontrollausschusses zur Kenntnis nehmen.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatterin: GRin. Edlinger

NT 2) A 8 – 18780/06-10

<u>Stadtmuseum Graz GmbH,</u> <u>Abschluss eines Finanzierungsvertrages</u> Bis 31.12.2007

GRin. **Edlinger**: Es geht darum, mit dem Stadtmuseum einen Finanzierungsvertrag bis Ende des Jahres abzuschließen. Ich bitte um Annahme.

Die Berichterstatterin stellt namens des Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Zif. 10 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBI. 130/1967 idF. LGBI. Nr. 32/2005 beschließen:

Der Abschluss des einen integrierenden Bestandteil bildenden Finanzierungsvertrages, abzuschließen zwischen der Gesellschafterin der Stadtmuseum Graz GmbH, Stadt Graz, und der Stadtmuseum Graz GmbH, wird genehmigt.

Für das Haushaltsjahr 2007 kann der unter der Fipos. 1.34000.755100 "Lfd. Transferzahlungen an Unternehmungen" (Anordnungsbefugnis A 8) im Voranschlag eingesetzter Betrag in der Höhe von Euro 1.200.000,- herangezogen werden.

GRin. Bergmann: Sehr geehrte Damen und Herren! Dem Finanzierungsvertrag für das Stadtmuseum werden wir natürlich zustimmen, aber trotzdem ist es mir ein Anliegen, hier einige Bemerkungen zu machen. Und zwar eine kritische Anmerkungen zur finanziellen Lage des Stadtmuseums zu machen und zwar, es wurde im Jahr 2005', und zwar im Frühjahr 2005, die Stadtmuseum GesmbH gegründet und zwar unter diesen Voraussetzungen, dass es geheißen hat, es sollten sich die Zustände im Museum rasch verbessern, es sollte die Inventarisierung rasch vorangetrieben werden, die eigentlich sehr schleppend vor sich gegangen ist und ein wichtiger Punkt auch, es sollte die Schausammlung über die Stadtgeschichte einfach besser aufbereitet werden und dadurch auch dem Museumsbesucher besser zugänglich sein. Es wurden Studien erstellt, es wurde ein neues Museumskonzept erarbeitet und dieses neue Konzept war auch Grundlage für den Gemeinderat, dass es eben zu dieser Beschlussfassung zur Gründung des Stadtmuseums GesmbH gekommen ist. Der Stadtrechnungshofbericht über das Stadtmuseum hat aber ganz eindeutig auch aufgezeigt, wie die Situation noch vor der GesmbH im Stadtmuseum war. Es ist festgestellt worden, dass es zwar eine Teilinventarisierung gibt, es waren viele Missstände vorhanden, aber es waren Missstände vorhanden, wo sich meiner Meinung nach die Politik nicht ganz herausnehmen kann und nicht nur diese Problematik sozusagen an die Museumsleitung abgeben kann. Es waren immer wieder Probleme bei Fachpersonal und es hat eben verschiedene Dinge gegeben, warum die Situation dort so war. Wenn ich aber jetzt anschaue, wie ist die Situation jetzt im Museum und ich möchte jetzt gar nicht erst ansprechen diese persönlichen Geschichten, die also es zwischen früherer Museumsleitung, jetziger Museumsleitung, was zwischen Museumsdirektor Hochreiter und Stadtrat Miedl jetzt vor sich geht, das hat uns eigentlich nur negative Schlagzeilen in der Presse gebracht, aber dem selbst hat es immens geschadet. Die Situation ist jetzt so, dass wir sagen können, dass eine Erstinventarisierung, das heißt, eine Erstaufnahme einigermaßen abgeschlossen ist, der Herr Stadtrat hat uns ja heute ein dickes Buch gezeigt, wo das zusammengefasst wurde. Ich möchte aber anmerken, dass das wirklich nur eine Erstaufnahme ist und wenn wir jetzt nicht die Möglichkeiten für das Museum schaffen und da möchte ich auch den Finanzierungsvertrag ansprechen, dass wir auch die Finanzierung sicherstellen, dass es wirklich zu einer musealen Inventarisierung, das heißt, dass es auch weitere Fortschritte gibt, das heißt, dass die Kunstwerke auch katalogisiert werden, wenn wir das nicht sicherstellen hier im Haus, dann werden wir in einigen Jahren den gleichen Zustand wieder haben, den wir vor der Gründung der GesmbH gehabt haben. Mit dieser Finanzierung, mit diesem Budget wird es nicht möglich sein, die stadtgeschichtliche Schausammlung auf so einen Stand zu bringen, wie wir es uns in diesem Konzept gewünscht haben und wie es die Stadt Graz auf Grund dieses Konzeptes vom Stadtmuseum auch einfordert. Das sollte man sich auch ganz einfach überlegen, diese Finanzierung, die das Stadtmuseum jetzt bekommt, ich möchte das einfach einmal so im Volksmund ausdrücken, ist "zum Sterben zu viel und zum Leben zu wenig". Man sollte sich wirklich einmal gründlich das überlegen, welches Bekenntnis hat die Stadt Graz zum Stadtmuseum. Ganz einfach einmal wirklich klar zu sagen, die Stadt Graz möchte dieses Stadtmuseum, das Stadtmuseum ist uns wichtig, dann müssen wir auch die dementsprechenden Rahmenvoraussetzungen schaffen oder wir überlegen, wie wir das Stadtmuseum, ganz hart ausgedrückt, zusperren können und es vielleicht in eine andere Institution einbringen können. Aber ich glaube, so wie die Situation momentan ist, ist es ein Weiterwurschteln und es ist auch so, dass im nächsten Jahr Ausstellungen nicht, die geplant waren, alle durchgeführt werden können, es ist ein Minimalstprogramm, dass das Stadtmuseum mit diesem Geld durchführen kann und es ist gar nicht zu denken daran, dass die Schausammlung geändert wird und es ist auch nicht zu denken daran, dass die Katalogisierung, sprich Inventarisierung, weitergemacht werden kann. Danke (Applaus KPÖ).

GRin. Binder: Danke Ina auch für deine kritischen Bemerkungen dazu, da erspare ich mir viel, weil ich das ähnlich sehe wie du. Was das negative Image des Stadtmuseums betrifft, ein Teil davon ist hausgemacht. Ein anderer Teil entsteht durch ganz eigenartige Zufälle auch. Ich treffe kürzlich einen Bekannten, der im Stadtmuseum eine Ausstellung angeschaut hat und unfreiwilliger Zeuge einer

Gemeinderatssitzung vom 18. Jänner 2007

176

heftigen Auseinandersetzung wurde, verbalen Auseinandersetzung zwischen dem Herrn Stadtrat Miedl

und dem Herrn Direktor Hochreiter und er Ausstellungsbesucher gewesen und der sagt mir, er hat zuerst überhaupt nicht

gewusst, was da los ist, in...

Zwischenruf StR. Miedl: Es hat nie eine Auseinandersetzung gegeben.

GRin. Binder: ...Stadtmuseum, ich kann es nicht anders erzählen als mir berichtet

wurde, dass 20 Minuten lang eine verbale und im Ton heftigste Auseinandersetzung

hinter verschlossenen Türen stattgefunden hat.

Zwischenruf GRin. Edlinger: Das kann man sich von Stadtrat Miedl nicht

vorstellen.

GRin. Binder: Ist eben so. Das war nicht ich, mir ist das berichtet worden.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic unverständlich.

GRin. Binder: Ja, Peter Piffl-Percevic, lieber Herr Klubobmann, es wurde mir erzählt

und da muss schon etwas dahinterstecken. Also so ganz aus der Luft gegriffen kann

das nicht sein. Das ist das eine nämlich, dass ich ganz stark vermisse, wir haben in

diesem Gemeinderat einen Direktor bestellt für das Stadtmuseum und wir haben ein

Programm für dieses Stadtmuseum verabschiedet. Jeder/jede wird sich erinnern können und was ich besonders vermisse, und das hat die Ina auch angezogen, was ich besonders vermisse, ist ein ganz klares Votum zu diesem Stadtmuseum. Eine Stadt wie Graz braucht dieses Stadtmuseum und daher stelle ich folgenden Zusatzantrag...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: In der Fragestunde.

GRin. **Binder**: Ja, das stimmt, da hat StR. Miedl zumindest positiv reagiert. Aber ich stelle zu diesem Stadtmuseum folgenden Zusatzantrag: Der Gemeinderat möge beschließen, der Direktor des Stadtmuseums wird ersucht, die finanzwirksamen Vorhaben des Stadtmuseums für die Jahre 2007 und 2008 dem kommenden Kulturausschuss zu präsentieren und zur Diskussion vorzulegen.

Zwischenruf GR. Schönegger: Hoffentlich war nicht der Fernseher eingeschaltet.

GR. Dipl.-Ing. Dr. **Getzinger**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nur ganz kurz, ich denke, dass durch die Wortmeldung von Herrn Kulturstadtrat Miedl heute doch atmosphärisch und psychologisch ein sehr, sehr wichtiger Grundstein für die gedeihliche Arbeit des Stadtmuseums im heurigen Jahr und in den nächsten Jahren gelegt wurde. Dafür möchte ich mich auch ganz explizit auch als Aufsichtsratsvorsitzender sehr herzlich bei dir bedanken. Ich glaube, dass dieses Gespräch, das über zweistündige Gespräch, sehr, sehr wertvoll und notwendig war angesichts auch eben der hier weitergebenen sozusagen öffentlichen Wahrnehmung dieser Situation zwischen Eigentümervertreter und Geschäftsführer. Noch einmal, ich

glaube, das ist jetzt Schnee von gestern, ich glaube, da ist wirklich ein guter Grundstein gelegt worden. Ob mit diesem Finanzierungsvertrag ein guter Grundstein für die gedeihliche Arbeit des nächsten oder dieses Jahres gelegt wurde, wage ich, zumindest in meiner Rolle als Aufsichtsratsvorsitzender ein Stück weit zu bezweifeln. Es ist schon wirklich sehr, sehr grenzwertig, um es vorsichtig auszudrücken, wenn ein Stadtmuseum der zweitgrößten Stadt Österreichs, der Stadt Graz, für das operative Geschäft, nämlich Ausstellungen zu machen für unsere Schülerinnen und Schüler, für die Grazerinnen und Grazer und insbesondere für unsere Gäste, die sich eben auch kundig machen wollen über die Geschichte dieser Stadt, nur noch 70.000 Euro für ein gesamtes Kalenderjahr zur Verfügung steht, dann ist das, wie gesagt, nobel ausgedrückt, grenzwertig. Wir müssen uns gemeinsam im Gemeinderat und auch im Stadtsenat bemühen, diesem Stadtmuseum doch wieder mehr Herz, mehr Zuwendung und auch Finanzmittel bereit zustellen. Ich glaube, es ist es wert, es ist tatsächlich ein ungehobener Schatz dieses Stadtmuseum, ich glaube, dass wir sehr gut und sehr stark unsere Stadt in diesem Stadtmuseum repräsentieren könnten, wenn wir uns entsprechend auch budgetär nur ein Stück weit mehr rauslehnen würden. Da geht es um keine Größenordnungen, da geht es um 10-/20-/50.000 Euro, mit denen man schon sehr solide Ausstellungen machen kann. Insofern möchte ich mich auch beim Herrn Bürgermeister bedanken für sein Angebot, personalpolitisch uns unter die Arme zu greifen, das ist sozusagen der sprichwörtliche Bissen Brot, den dieses Stadtmuseum gerade heuer im Jahr 2007 wirklich braucht und ich ersuche Sie, in diesem Sinne tätig zu werden. Danke (Applaus SPÖ).

StR. Miedl: Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich gebe sehr vielen, die sich jetzt zu Wort gemeldet haben, vor allem Ihnen, Frau Bergmann, weil sie da immer profund, immer sehr sachlich und wirklich gut informiert sind und wesentlich beitragen auch in Ihrer Person als Aufsichtsrätin. Ich muss wirklich sagen, herzlichen Dank für Ihre Arbeit, ich nehme auch die Kritik natürlich zur Kenntnis, selbstverständlich, ich bin nicht sakrosankt. Auch was du gesagt hast, Herr Kollege Getzinger, genau das ist der Punkt. Ich habe mich wirklich redlich bemüht, dass wir die finanzielle Situation des Stadtmuseums auch verbessern, ich weiß ja wie kein

anderer Bescheid, dass es so auf Dauer natürlich nicht geht. Wenngleich ich sagen muss, dass die finanzielle Situation im Stadtmuseum natürlich auch durch eine Personalaufnahme weiter erschwert wurde. zusätzliche Der Führer einer durchschnittlichen GesmbH, das war auch Teil unseres Gespräches heute, kann natürlich nur insofern Personal aufnehmen, als sie noch einen Freiraum hat für seine Aufgabe, die ihm Kraft Gemeinderatsbeschluss zukommt. Das heißt, es war niemand da, weder der Vorsitzende des Aufsichtsrates noch der Stadtrat Miedl, der dem Geschäftsführer gesagt hat, du musst so viel Personal aufnehmen. Dass die Personaldecke für einen optimalen Museumsbetrieb ausgerichtet ist, und in Wirklichkeit auf Grund anderer Umstände der optimale Museumsbetrieb noch nicht funktionieren kann, sind zwei verschiedene und zwei verschieden zu bewertende Umstände. Das habe ich heute ausgeredet mit Herrn Hochreiter, wir haben auch gemeinsam etwaige Synergien gefunden, das heißt, wir versuchen jetzt so etwas wie ein allgemein verträgliches und in Ihrem Sinne sich befindliches Programm auszuarbeiten, wo man dann auch gerecht werden kann, und jetzt zu Ihnen, Frau Kollegin, ich habe noch nie in meinem Leben im Stadtmuseum unter Anwesenheit von Gästen und auch sonst nicht mit dem Herrn Hochreiter, ich habe mit dem Herrn Hochreiter noch nie einen Disput ausgetragen in der Form, dass wir laut zueinander gewesen wären, noch nie, das was in Wirklichkeit in letzter Zeit der Fall war ist, dass trotz wiederholtem Ersuchen via E-Mail von mir an den Dr. Hochreiter wir keine Termine gefunden haben oder er hat auf meine E-Mails nicht reagiert. Ich würde Sie bitten, Frau Kollegin, wenn der Informant, den Sie da haben, kommen Sie mit ihm zu mir, ich rede gerne über die Geschichte, er muss Sie angelogen haben, es gibt es nicht anders, das kann nicht anders sein, ich werde mich hüten, den Gemeinderat da über falsche Dinge zu informieren, aber wie immer bei solchen Dingen werden halt Dinge dazugedichtet oder weggelassen, das in dem Fall stimmt schlicht und einfach nicht, das ist nicht wahr und das wir Ihnen der Hochreiter bestätigen und im Übrigen, meine Damen und Herren, habe ich vor, dass heute zu Beginn der Sitzung der Versuch von mir, ein neues Verhältnis zu pflegen im Interesse des Stadtmuseum und der dort Beschäftigen. Das werde ich halten, ich bitte nur auch um Verständnis und das vor allem in deine Richtung als Vorsitzender des Aufsichtsrates, wenn sich der Gemeinderat erinnert, wer ununterbrochen permanent hinter dem Geschäftsführer des Stadtmuseums gestanden ist, dann war das der Stadtrat Miedl. Da gab es Zeiten, zur Zeit der Rechnungshofkontrolle und andere Zeiten, mediale Berichte, die von überall her gekommen sind, ich bin unentwegt hinter Hochreiter gestanden, bis zu einem bestimmten Punkt, den wir heute besprochen haben und jetzt beginnen wir ein neues gemeinsames gedeihliches Arbeiten, das lasse ich mir von niemandem stören, danke allen konstruktiven Kräften, die da mithelfen, bitte dich als Vorsitzender des Aufsichtsrates, das Deinige dazu beizutragen, ich habe das Gefühl, dass das auch gehen wird unsere Aufsichtsräte werden das auch tun, ich danke auch dir ausdrücklich, Anne-Marie Leb, die du immer wieder wirklich unter großem persönlichem Einsatz mithilfst, dass die Geschicke des Stadtmuseums auch sich gut entwickeln. Und ich bedanke mich bei allen, die da mithelfen, und die konstruktiven Geister sind nach wie vor eingeladen, die anderen, die vernadern, die mag ich eher weniger, daher würde ich wirklich...

Zwischenruf GRin. Binder: Ich habe was berichtet, was mir erzählt wurde.

StR. **Miedl**: Frau Kollegin Binder, noch einmal freundschaftlich einladen, kommen Sie mit dem Herrn oder der Dame zu mir, das lässt sich sicher klären. In dem Sinne hoffe ich, dass mit dem Stadtmuseum es aufwärts geht. Die Stadt Graz hätte einen guten Anteil daran und sie würde es sich auch verdienen (*Applaus ÖVP*).

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Bgm. Mag. Nagl: Das Stück ist einmal beschlossen. Jetzt gibt es einen Zusatzantrag der lautet: Der Gemeinderat möge beschließen, der Direktor des Stadtmuseums wird ersucht, die finanzwirksamen Vorhaben des Museums für die Jahre 2007 und 2008 dem kommenden Kulturausschuss zu präsentieren und zur Diskussion vorzulegen.

Der Zusatzantrag von GRin. Binder wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Berichterstatter: GR. Perissutti

22) StR. - 861/2006

<u>Prüfbericht des Stadtrechnungshofes</u> <u>Stadtmuseum Graz GmbH</u>

GR. **Perissutti**: Sehr geehrte Damen und Herren, werter Herr Bürgermeister! Ich will jetzt nicht mehr auf die Inhalte betreffend das Stadtmuseum eingehen, es wurde vieles im Zuge der Diskussion jetzt schon erwähnt. Es ist vielleicht zusammenfassend festzustellen, dass der Kontrollausschuss in sechs Sitzungen darüber eingehend beraten hat, es ist nicht alles gut, es ist aber auch nicht alles schlecht, einige Dinge, einige Hausaufgaben sind noch zu machen im Stadtmuseum. Aber zusammenfassend wurden die Feststellungen ausführlich diskutiert und der vorliegende Prüfbericht zustimmend zur Kenntnis genommen und ich ersuche um Annahme. Danke.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. Dipl.-Ing. Topf

2. NT 1) A 14-K-877/2005-13

12.16.0 Bebauungsplan "Puchleitnerweg"

XII. Bez., KG Andritz

Beschluss

Dipl.-Ing. **Topf**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Hier geht es um den Bebauungsplan Puchleitnerweg im Bezirk Andritz. Im Wesentlichen ist dazu zu sagen, dass es in Zusammenarbeit zwischen dem Antragsteller und dem Stadtplanungsamt einen städtebaulichen Entwurf für den gegenständlichen Bereich gegeben hat. Wesentlich ist auch vielleicht anzuführen, dass selbstverständlich der Hochwasserproblematik im Bereich des Schöckelbaches

Gemeinderatssitzung vom 18. Jänner 2007

182

außerordentlich, wenn ich das so sagen darf, hinsichtlich einer Bereitstellung einer

Fläche für ein Hochwasserrückhaltebecken Rechnung getragen wurde. Der Entwurf

des Bebauungsplanes wurde in der Zeit vom 5. 10. bis zum 16. 11. 2006 öffentlich

aufgelegt, ein Anhörungsverfahren hat es selbstverständlich gegeben. Innerhalb der

Auflagefrist konnten auch Einwendungen zum Bebauungsplan schriftlich bekannt

gegeben werden. Es gelangten drei Einwendungen und vier Stellungnahmen im

Stadtplanungsamt ein. Diesen Einwendungen und Stellungnahmen wurde

weitestgehend entsprochen. Ich darf auch berichten, dass im Ausschuss dieser

Antrag einstimmig behandelt wurde und somit darf ich im Namen des Ausschusses

für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung den Antrag stellen, der Gemeinderat

wolle die Teilaufhebung des Aufschießungsgebiet Nr. 02.05, den 12.16.0

Bebauungsplan Puchleitnerweg, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen

Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht und die

Einwendungserledigungen beschließen. Ich ersuche um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Stadt-, Verkehrs- und

Grünraumplanung den Antrag, der Gemeinderat wolle

1. die Teilaufhebung des Aufschließungsgebietes Nr. 02.05

2. den 12.16.0 Bebauungsplan "Puchleitnerweg", bestehend aus dem Wortlaut, der

zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem

Erläuterungsbericht und

3. die Einwendungserledigungen

beschließen.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen (41:0).

Berichterstatter: GR. Mayr

2. NT 2) A 8 – 34473/2006-1

Kanalabgabenordnung, Druckfehlerberichtigung

183

GR. **Mayr**: Das Stück besteht aus drei Sätzen, zwei davon werde ich bringen. Es geht um die Kanalabgabenordnung, die ist im Dezember 2006 beschlossen worden, leider ist ein Irrtum passiert, ein Druckfehler, der § 3 wurde als § 7 ausgewiesen und dieses Stück korrigiert dieses Problem.

Der Berichterstatter stellt namens des Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Z. 13 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBI.Nr. 130/1967, zuletzt idF. LGBI.Nr. 32/2005, die einen integrierenden Bestandteil dieses Berichts bildende Verordnung beschließen.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

184

Damit ist die ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz erledigt.

Bürgermeister Mag. Siegfried N a g I schließt die Sitzung des Gemeinderates um 19.20 Uhr.

Die Vorsitzenden:

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Bürgermeisterstellvertreter Walter Ferk Stadtrat Detlev Eisel-Eiselsberg

Der Schriftführer: Die Schriftprüferin:

Wolfgang Polz GRin. Sissi Potzinger

Protokoll erstellt: Heidemarie Leeb